

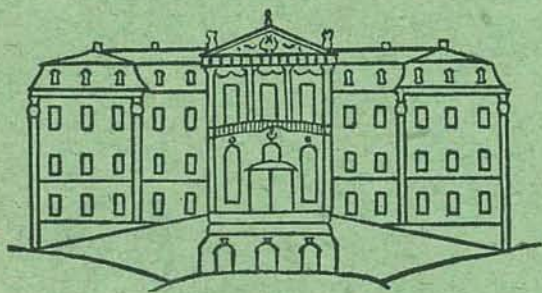
Hefte aus Burgscheidungen

---

Wolfgang Heyl

# Verantwortung und Tatbereitschaft

Zu Problemen der Leitungstätigkeit



197

---

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes  
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Hefte aus Burgscheidungen

---

Wolfgang Heyl

## **Verantwortung und Tatbereitschaft**

**Zu Problemen der Leitungstätigkeit**

1975

---

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes  
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands



**Ökonomische Stärke des Sozialismus erzeugt Wohlstand und fördert den Frieden – Bewußtes Handeln sozialistischer Staatsbürger stärkt den Sozialismus**

*Hauptaufgabe, Arbeitsproduktivität und Effektivität*

Das sozialistische Staatsbewußtsein aller unserer Freunde ständig tiefer zu prägen und weiter zu festigen, das ist eine große Aufgabe. Sie ist das Kernstück der Arbeit und Verantwortung der Vorstände unserer Partei. Sie wird effektiv sein und Erfolg haben, wenn unsere Vorstände stets die besten Argumente aufwenden, die günstigsten Ansatzpunkte wahrnehmen, die wirksamsten Methoden nutzen, mit denen sich sozialistisches Staatsbewußtsein formen und vertiefen läßt. Das ist eine schöne und dankbare Aufgabe; denn je bewußter und schöpferischer der Mensch an der Gestaltung der sozialistischen Ordnung teilnimmt, desto bewußter und schöpferischer trägt er auch seinen eigenen Lebensinteressen Rechnung. Der Sinn des Sozialismus ist es ja, daß alles für das Wohl des Menschen, das Glück des Volkes, für die Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen getan wird.

Was dazu in der heutigen Zeit das wichtigste ist, besagt die Hauptaufgabe, die zum Verfassungsgrundsatz geworden ist. Im Artikel 2 der Verfassung der DDR heißt es: „Die weitere Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion, der Erhöhung der Effektivität, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des Wachstums der Arbeitsproduktivität ist die entscheidende Aufgabe der entwickelten sozialistischen Gesellschaft.“

Die Hauptaufgabe ist die Generallinie der Politik von Staat und Gesellschaft in der DDR. Sowohl direkt – durch immer bessere Befriedigung der Bedürfnisse des Volkes – als auch indirekt – durch die Stärkung des Sozialismus als der Macht, die Frieden schafft und erhält – dient die Erfüllung der Hauptaufgabe dem Wohlergehen, dem Glück und der guten Zukunft der Gesellschaft und jedes einzelnen Menschen.

Die Leitungsgremien unserer Partei haben es sich zur Pflicht gemacht, das gesellschaftliche Wirken jedes unserer Mitglieder



im Beruf wie im Territorium stets auf die Mitarbeit an der Erfüllung der Hauptaufgabe zu orientieren – in Gegenwart wie in Zukunft. Wir christlichen Demokraten wollen und werden stets den bestmöglichen Beitrag zur Verwirklichung der Hauptaufgabe leisten. Der 13. Parteitag kennzeichnete dies als grundlegenden Auftrag unserer Partei und jedes einzelnen christlichen Demokraten. Er bleibt gültig; denn die Hauptaufgabe wird auch künftig den gesellschaftspolitischen Kurs in der DDR bestimmen. Damit ist einerseits klar, daß auch künftig das Wohl des Volkes Richtschnur allen politischen Wirkens in der DDR sein wird, daß das große sozialpolitische Programm des VIII. Parteitages der SED fortgesetzt wird. Andererseits ist das eine Aufforderung an jeden Werktätigen, das Seine dazu zu tun, um immer günstigere Bedingungen dafür zu schaffen. Es gilt also, Ziel und Weg der Hauptaufgabe stets als Einheit zu betrachten und demgemäß zu handeln.

Dabei ist es notwendig, sich ständig zu vergegenwärtigen, daß das Wirtschaftswachstum unserer Republik im wesentlichen durch höhere Arbeitsproduktivität erreicht wurde. Im Jahre 1949, dem Gründungsjahr unserer Republik, erwirtschaftete ein Berufstätiger in den produzierenden Bereichen ein Nationaleinkommen von 3400 Mark, 1970 bereits 16 200 Mark und 1974 etwa 20 100 Mark, also das Sechsfache. Im Jahre 1974 war die Arbeitsproduktivität um 22,5 Prozent höher als 1970. Ohne diese Produktivitätssteigerung wären für die Produktion des Nationaleinkommens rund 16 Prozent Arbeitskräfte mehr als die tatsächlich vorhandene Zahl von Berufstätigen notwendig gewesen.

Auch in Zukunft wird – allein schon angesichts der Arbeitskräftesituation – die Steigerung der Arbeitsproduktivität, die Erhöhung der Effektivität der gesellschaftlichen Arbeit insgesamt der Hauptfaktor zur Verwirklichung der Ziele des Plans sein. Denn es ist in den kommenden Jahren nicht mit einem nennenswerten Zuwachs unseres Arbeitskräftepotentials zu rechnen. Es geht also darum, eine neue Qualität bei der Intensivierung der Produktion zu erreichen und die Effektivität der Arbeit entschieden zu steigern. Nur was wir vorher produziert haben, können wir verbrauchen.

Steigerung der Arbeitsproduktivität ist also im Sozialismus Mittel zum Zweck besseren Lebens im weitesten Sinne – ganz im Gegensatz zum Kapitalismus, wo steigende Arbeitsproduktivität in erster Linie Mittel zum Zweck höheren Profits für die Unternehmer ist. So erhöhte sich in den 100 größten Industrie-Aktiengesellschaften der BRD von 1966 bis 1973 der Nettoprofit um rund ein Drittel mehr als die Nettolohn- und

Gehaltssumme. Doch dies täuscht sogar noch. Betrachtet man nämlich den Reallohn, also die letztlich für den Werktätigen maßgebliche Summe, die seine Kaufkraft bestimmt, so findet man, daß er allein in einem Jahr, vom Herbst 1973 bis zum Herbst 1974, infolge von Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Lohnstopp und inflationärer Preisentwicklung um 3 Prozent gesunken ist.

Sozialistische Wirtschaftspolitik hingegen ist, wie die Erfolge der vom VIII. Parteitag der SED eingeleiteten gesellschaftspolitischen Maßnahmen zeigen, durch ein enges Wechselverhältnis zwischen wirtschaftlichen und sozialen Fortschritten gekennzeichnet. Hierzu nur zwei Beispiele: Die Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung stiegen – jeweils bei stabilen Konsumgüterpreisen – von 1970 bis 1974 jährlich um durchschnittlich fünf Prozent, während es von 1966 bis 1970 durchschnittlich vier Prozent waren. Jede dritte seit 1951 neu-, um- oder ausgebaut Wohnung entstand in den Jahren von 1971 bis 1974.

Aber weitere gesellschaftspolitische Fortschritte machen es notwendig, noch größere ökonomische Reserven zu erschließen. Daher orientiert der Plan auf die Erhöhung der Effektivität der Volkswirtschaft durch Intensivierung der Produktion; durch sozialistische Rationalisierung und vollständige Nutzung der Arbeitszeit; auf hohe Materialökonomie und den sparsamen Umgang mit Importen. Es kommt darauf an, die Produktion von Rohstoffen, Energie und Material, Ausrüstungen und Konsumgütern zu erhöhen. Die vorrangige Entwicklung der Zulieferindustrie und die Bereitstellung von Erzeugnissen hoher Qualität für den Export sind nötig. Dabei sind bestimmte objektive Gegebenheiten zu berücksichtigen. Nehmen wir nur das Beispiel der Rohstoff- und Energieversorgung der DDR.

Der wichtigste Energieträger, über den wir im eigenen Lande verfügen, ist die Braunkohle. Doch ihre Abbaubedingungen werden geologisch immer schwieriger. Ob man, wie noch 1970, den Jahresbedarf an Kohle unter 837 Millionen Kubikmetern Abraum oder 1980 unter 1,2 Milliarden Kubikmetern hervorholen muß, ist ein gewaltiger Unterschied und ein entsprechender Kostenfaktor. Nicht nur der Abbau selbst wird teurer, sondern es werden auch völlig neue Geräte gebraucht. Beispielsweise werden die bisher üblichen Förderbrücken durch mächtige Schaufelbagger ersetzt werden müssen. Das verschlingt Entwicklungskosten und Material.

Zur langfristigen Sicherung der Rohstoff- und Energieversorgung der RGW-Länder – ein Politikum allerhöchsten Ranges –



sind diese Länder übereingekommen, gemeinsam neue Rohstoff-Lagerstätten in der UdSSR zu erschließen. Doch diese Lagerstätten befinden sich größtenteils in derzeit noch weithin unwegsamen Gebieten. Sie erfordern heute Investitionskosten, die sich erst nach Jahren amortisieren werden.

Und unsere Rohstoff-Importe aus dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet unterliegen den Weltmarktpreisen, die von 1970 bis 1974 im Durchschnitt um 170 Prozent gestiegen sind. Wichtige Rohstoffe weisen noch weit höhere Steigerungsraten auf. Eine Tonne Erdöl beispielsweise kostete vor drei Jahren noch 36 Mark, Ende des vergangenen Jahres aber schon 192 Mark. Der Erdölpreis auf dem imperialistischen Weltmarkt beeinflußt Preise von vielen Materialien, auf deren Import aus dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet wir noch angewiesen sind. Da fallen Milliardenbeträge an Valuta zusätzlich an, für die wir kein Gramm Rohstoffe mehr als bisher erhalten.

Eine weitere objektive Gegebenheit ist es zum Beispiel, daß wir angesichts des nach wie vor aggressiven Imperialismus eine Verteidigungsmacht besitzen müssen, deren Stärke den gegebenen Notwendigkeiten entspricht. Das kostet Geld.

Es gibt noch weitere solcher objektiven, feststehenden Posten im Etat wie die genannten. Aber es ist durchaus nicht gleichgültig, ob dieser oder jener notwendige Posten, sagen wir, 8 oder 12 Prozent vom Nationaleinkommen ausmacht. Jede Mark mehr Nationaleinkommen erhöht den Anteil, der für soziale, kulturelle und ähnliche Zwecke, also für die direkte Hebung des Lebensniveaus der Bürger, zur Verfügung steht.

Der Weg zur Erhöhung des Nationaleinkommens aber ist effektives Wirtschaften auf allen Gebieten. Deshalb ist die Erhöhung der Effektivität der gesellschaftlichen Arbeit, die weitere Steigerung ihrer Produktivität die entscheidende Zielstellung. Jeder von uns ist dazu aufgerufen, an der Aufgabe mitzuarbeiten, mit möglichst geringem Aufwand einen möglichst hohen Nutzen zu erreichen.

Bekanntlich wird der Sozialismus im Gegensatz zu allen früheren Gesellschaftsordnungen durch das bewußte und planmäßige Handeln des werktätigen Volkes geschaffen und entwickelt. Wesentlicher Bestandteil dieses Faktors, des „subjektiven Faktors“, sind also die Bewußtheit und die allseitige Entwicklung der Werktätigen. Die Herausbildung der allseitig entwickelten sozialistischen Persönlichkeit ist deshalb ein wichtiges Merkmal der entwickelten sozialistischen Gesellschaft — ein Prozeß, der unserer Christlich-Demokratischen Union Deutschlands im Blick auf alle unsere Mitglieder und viele

weitere Freunde eine wichtige, ja eine entscheidende Aufgabe stellt.

Als politisch-moralische Grundhaltung der sozialistischen Persönlichkeit bildet sich immer mehr die Verantwortung für das Ganze heraus, die Verantwortung für das Kollektiv, den Betrieb, die Gesellschaft. Von daher entwickeln sich Eigenschaften wie Gemeinsinn, sozialistisches Eigentümerbewußtsein, Kameradschaftlichkeit, Bildungsstreben, sozialistischer Patriotismus und Internationalismus, antiimperialistische Solidarität, Verhinderung imperialistischer Diversionsversuche.

Solche Eigenschaften wollen wir durch die Leitungstätigkeit unserer Vorstände bei allen Mitgliedern und vielen weiteren Freunden festigen helfen.

Diejenigen Vorstände handeln richtig, die unsere Freunde in ihrer Bewußtseinsbildung fördern, indem sie ihnen Wissen, Kenntnisse und allgemeine Zusammenhänge vermitteln, sie politisch-ideologisch zurüsten, um ihre Entwicklung zu allseitig gebildeten sozialistischen Persönlichkeiten zu unterstützen. Aus christlicher Verantwortung und demokratischer Verpflichtung bewußt für die Stärkung des Sozialismus einzutreten — dazu wollen wir alle unsere Freunde umfassend befähigen.

Es ist also nicht angängig, allgemeine Redensarten zu machen, sondern es geht um konkretes Wissen. Es geht darum, gezielt jene Gefühle, Haltungen und Verhaltensweisen hervorzurufen und zu fördern, die eine sozialistische Persönlichkeit kennzeichnen.

Daher sollten alle unsere Vorstände ihre Arbeit darauf richten,

- jedem unserer Freunde nachzuweisen, daß auch sein richtiges und effektives gesellschaftliches Handeln dazu beiträgt, den Zeiger der Waage des internationalen Kräfteverhältnisses immer weiter zugunsten des Sozialismus und des Friedens ausschlagen zu lassen.
- jeden unserer Freunde auszurüsten mit dem nötigen Fundus an Einsichten in die Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung und in die Lehren der Geschichte, damit er frei, souverän und vor allem richtig entscheiden kann, wenn eine spezielle Situation ihn fordert, ein spezielles Problem gelöst sein will, eine Bewährungsstunde schlägt.
- jedem unserer Freunde immer wieder die Erfahrung vor Augen zu führen, daß Christen durch die Mitarbeit am Sozialismus in Übereinstimmung mit den gesellschaftlichen Konsequenzen aus christlicher Ethik in umfassender Weise



Friedens- und Nächstenliebe praktizieren können; denn im Sozialismus dienen alle Anstrengungen dem Wohl des schaffenden Menschen, dem Glück des Volkes.

Der Vorstand, der in diesem Sinne bewußtseinsbildend wirkt, leistet gute Leitungstätigkeit, zumal wenn es ihm gelingt, Kopf und Herz, also Verstand und Gefühl, unserer Freunde gleichermaßen anzusprechen.

Derjenige, der weiß, worum es geht, nicht nur am Arbeitsplatz, nicht nur im Betrieb, nicht nur in der DDR, sondern im großen und ganzen, in der Entwicklung der sozialistischen Staatengemeinschaft und ihrer Einwirkung auf die Welt, wird sein Handeln danach einrichten können.

Er wird sein gesellschaftliches Wirken hineingenommen wissen in die Erfüllung aller Ziele, die sich die sozialistische Gesellschaft stellt, auf welchem Gebiet auch immer – in der Innen- wie in der Außenpolitik.

#### *Ökonomische Erfolge des Sozialismus und das Kräfteverhältnis in der Welt*

Bei der Betrachtung der Welt von heute können unsere Freunde feststellen, daß die Haupttendenz Entspannung heißt, daß die Sache des Friedens Zug um Zug vorankommt – trotz mancher Rückschläge, trotz der Entspannungsgegner, die ihre Pläne noch lange nicht aufgegeben haben.

Gravierendstes und sichtbarstes Zeichen der Entspannung auf unserem Kontinent ist zweifellos die erfolgreich abgeschlossene Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.

Ihr ging voraus, daß die Früchte des Sieges der Sowjetarmee und ihrer Verbündeten über den faschistischen deutschen Imperialismus insbesondere von der BRD vertraglich anerkannt wurden. Die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung wurden völkerrechtlich verankert; die Alleinvertretungsanmaßung der BRD wurde liquidiert und die diplomatische Blockade der DDR durchbrochen.

Die wachsende Überlegenheit des Sozialismus, die das Klima der Entspannung bestimmt, hat auch die revolutionären Kräfte, die die faschistischen Diktaturen in Griechenland und Portugal beseitigt haben, wesentlich gestärkt.

In Südostasien hat sich die Demokratische Republik Vietnam als Vorposten des völkerbefreienden Sozialismus siegreich behauptet.

Das kambodschanische Volk siegte über das volksfeindliche Regime in Phnom Penh.

In Lateinamerika konnte die Position Kubas, des sozialistischen Vorpostens vor den Toren der USA, gefestigt werden.

Unverkennbare Erfolge wurden im Kampf gegen die Aggression Israels im Nahen Osten erzielt.

Von besonderer Bedeutung im Kampf um den Weltfrieden ist die Verbesserung des sowjetisch-amerikanischen Verhältnisses im Sinne der friedlichen Koexistenz.

Gewiß gibt es keinen unter unseren Freunden, der dies alles nicht freudig begrüßt.

Diese freudige Gewißheit ist wichtig. Sie gibt neuen Mut und große Kraft für die oft nicht leichten Probleme des Alltags. Doch zur Initialzündung für schöpferischen Elan zur Mitarbeit am allseitigen weiteren Aufbau des Sozialismus wird sie dann, wenn jedem unserer Freunde bewußt ist: Der Vormarsch des Friedens und der Entspannung ist das Ergebnis der wachsenden Stärke des Sozialismus.

Betrachten wir in diesem Zusammenhang die Durchsetzung des Prinzips der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlichen sozialen Gefüges als einen markanten Ausdruck der Entspannungspolitik.

Dieses Prinzip, von Lenin konzipiert und seitdem unabdingbarer Bestandteil sozialistischer Außenpolitik, war beispielsweise noch im April 1967 in Karlovy Vary auf der Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas zu Fragen der europäischen Sicherheit als Forderung gestellt. Heute wird es immer mehr verwirklicht. Die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa hat dafür ein jedermann sichtbares Zeichen gesetzt. Auf mehreren Ebenen werden Abrüstungsverhandlungen geführt, langwierig und kompliziert zwar, aber immer neu inspiriert durch konstruktive Vorschläge der sozialistischen Verhandlungsteilnehmer. Die anderen Programmpunkte von Karlovy Vary sind bereits realisiert: Vertragliche Zusicherung der Unverletzlichkeit der Grenzen, Anerkennung der Existenz von DDR und BRD als zweier gleichberechtigter Staaten, Gewaltverzicht, Ungültigkeit des Münchner Diktats und diplomatische Anerkennung der DDR.

Die Forderung nach friedlicher Koexistenz – 1939 konnte sie noch vom aggressiven deutschen Faschismus mit einem verheerenden Weltkrieg beantwortet werden. In den Nachkriegsjahren hatte sie noch hart gegen die Barrieren des kalten Krieges anzukämpfen, ohne sie zunächst zerstören zu können. Jetzt gewinnt sie immer weiteren Raum. Warum?

Darauf antworten wir: Das Prinzip der friedlichen Koexi-



stanz und damit die Entspannung setzen sich durch auf dem Boden einer grundlegend veränderten Verteilung der Kräfte im internationalen Raum. Durch die Stärke der Friedenskräfte in der Welt, zuallererst durch die Stärke der Sowjetunion und der ganzen sozialistischen Gemeinschaft, wird die Gewalttätigkeit des Imperialismus eingeschränkt. Heute befinden wir uns in einer geschichtlichen Phase, in der die Wirtschaftsmacht, das internationale Prestige und die Vorbildwirkung des real existierenden Sozialismus so gewachsen sind, daß es ihm mehr und mehr gelingt, bestimmend auf den Gang der Dinge in der Welt einzuwirken.

Dies wiederum bewirkt, daß die drei revolutionären Hauptströmungen in der Welt von heute, die Gemeinschaft der sozialistischen Staaten, die revolutionäre Arbeiterklasse in den entwickelten kapitalistischen Ländern und die fortschrittlichen Kräfte in den jungen Nationalstaaten, insgesamt stärker werden und sich enger zusammenfinden.

Deswegen können die Imperialisten heute nicht mehr überall tun, was sie wollen. Das veranlaßt sie, sich öfter und öfter an den Verhandlungstisch zu setzen, statt in die Waffenkammer zu gehen.

War es in den Jahren des „kalten Krieges“ zum Teil noch so, daß der Sozialismus gezwungen war, in der internationalen Arena unter Bedingungen zu wirken, die ihm von der Außenpolitik des Imperialismus aufgezwungen waren, steht nun der Imperialismus unter dem Zwang zur Anpassung an die neuen historischen Bedingungen. Das ist eine qualitativ neue Situation.

Und den entscheidenden Anteil daran, daß sie zustande gekommen ist, hat jeder Werktätige in der sozialistischen Staatengemeinschaft, der treu, fleißig, ideenreich sein Bestes gegeben hat, um an seinem Platz die Sache des Sozialismus voranzubringen, vom Jahre 1917 im Sowjetland angefangen bis auf den heutigen Tag.

Auch jeder Unionsfreund, der in Beruf und außerberuflicher gesellschaftlicher Arbeit seine Pflicht getan hat, der sich um umfassende politische Bildung bemüht und sie genutzt hat, der erfolgreich bestrebt war, den Zeichen der Zeit gemäß zu handeln, ist darin einbegriffen.

Was zur Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt und in Europa hauptsächlich beigetragen hat, läßt sich auch an Zahlen und Fakten aus dem Bereich der Wirtschaft beweisen.

Von 1949 bis 1974 ist das Wirtschaftsvolumen der RGW-Länder auf das Zwölfwache, das der EWG-Staaten nur auf das Vier-

fache gestiegen. Dadurch erhöhte sich der RGW-Anteil an der Weltindustrieproduktion von 18 auf 34 Prozent, der der EWG sank von 22 auf 18 Prozent. In Europa stieg der Anteil der RGW-Länder an der Industrieproduktion von 40 auf 60 Prozent, und der der kapitalistischen Länder sank von 60 auf 40 Prozent.

Dabei ist noch zu bedenken, daß die Länder des RGW ja zum Teil in wichtigen Positionen ein niedriges Anfangsniveau gehabt haben. Doch heute sind die EWG-Länder bei den Produktionsziffern von so wichtigen volkswirtschaftlichen Gütern wie Elektroenergie, Kohle, Erdöl, Erdgas, Stahl, Zement und Mineraldünger dem RGW gegenüber ins Hintertreffen geraten — zweifellos ein nicht unwichtiger Faktor zur Veränderung des Verhältnisses der Wirtschaftskräfte in Europa zugunsten des Sozialismus.

Wir vergessen dabei nicht, daß es noch manche Unterschiede im Produktionsniveau sozialistischer und kapitalistischer Industriestaaten gibt, daß dort zur Zeit Arbeitsproduktivität und Prokopf-Produktion zum Teil noch höher liegen. Aber da sich schon die bisherige Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft als so dynamisch erwiesen hat, ist die Gewißheit um so größer, daß diese Unterschiede sich auch künftig weiter verringern. Und jedes Prozent Produktivitätssteigerung der sozialistischen Länder münzt sich in mehr Frieden um.

Unter den Faktoren, die das internationale Kräfteverhältnis zugunsten des Sozialismus beeinflussen, ist die materielle Kraft zwar der wichtigste, aber nicht der einzige. Auch seine moralische Überlegenheit über den Kapitalismus, die koordinierte Außen- und Verteidigungspolitik der sozialistischen Staatengemeinschaft, die Lenkung und Leitung der gesellschaftlichen Prozesse aufgrund der Erkenntnisse der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaft — all das spielt dabei ebenfalls eine höchst beachtliche Rolle.

Andererseits wissen wir, daß Imperialisten hartgesotten sind. Mit Appellen an Moral und das geltende Völkerrecht allein ist es nicht getan, wenn man vor ihnen sicher sein will. Daher tun unsere Vorstände gut daran, in ihrer politisch-ideologischen Arbeit stets hervorzuheben, daß die Bereitschaft bestimmter imperialistischer Kreise zur Anpassung an die Realitäten nicht zuletzt der Veränderung des Kräfteverhältnisses auf militärischem Gebiet zu verdanken ist. Doch um militärische Kraft zu erzeugen, ist ökonomische Kraft nötig.

Wir sehen, es ist eine Realität, daß im internationalen Klassenkampf letztlich die Arbeitsproduktivität entscheidet — auch über Krieg und Frieden.



Ist das nicht für alle unsere Vorstände ein gewichtiger Grund mehr, ihre Leitungstätigkeit so zu gestalten, daß solche buchstäblich weltweit bedeutsamen Zusammenhänge wie der zwischen der Stärkung des Friedens und der täglichen Arbeit, die ein jeder unserer Freunde in Beruf und Territorium leistet, auch einem jeden deutlich wird?

Dabei sollte die Leitungstätigkeit darauf gerichtet sein, vom aktuellen Tagesereignis und von der äußeren Erscheinung der Dinge her den Blick für das Grundsätzliche zu schärfen, für die objektiven Gesetzmäßigkeiten, die Ereignissen und Erscheinungen innewohnen.

Dem Sozialismus ist gesetzmäßig, daß er sich planmäßig entwickelt, indem die von Ausbeutung befreiten Werktätigen das sozialistische Eigentum mehren, ihre schöpferischen Ideen einsetzen, ihr Wissen, ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten anwenden und dabei stets sicher sein können, daß sie sich selbst dienen, wenn sie dem Ganzen dienen.

Wird im sozialistischen Industrierwerk, in LPG, KAP und PGH, im Labor und wo auch immer im gesellschaftlichen Bereich heute besser gearbeitet als gestern und morgen besser als heute, wird stets nach dem Optimum an Effektivität gestrebt, werden viele gute Neuerervorschläge realisiert und nützliche Rationalisierungsmaßnahmen durchgeführt, wird die MMM-Bewegung vorangebracht, wird also höhere Arbeitsproduktivität erzielt, so dient das, wenn man das Ganze betrachtet, auch insofern dem Wohl der Menschen und dem Glück des Volkes, als es sich in Erfolge zur Stärkung des Friedens umsetzt.

Genauso ist es mit jedem Fortschritt zur weiteren Durchsetzung sozialistischer Prinzipien auf dem Gebiet des Sozial-, Bildungs- und Gesundheitswesens, im Zusammenleben der Menschen im Territorium, bei der Sorge um Kinder und um Bürger im höheren Lebensalter.

Man kann also sagen: Die Summe aller Faktoren, die die Vorzüge des Sozialismus ausmachen, hat den Umschwung vom kalten Krieg zur Entspannung bewirkt. Die ausschlaggebende Bedeutung für den gesamtgesellschaftlichen Fortschritt aber hat die Wirtschaft. Ökonomischen Fortschritt werden wir in erster Linie durch Erhöhung der Arbeitsproduktivität erreichen. Sie bestimmt hauptsächlich sein Tempo. Im Sozialismus ist Arbeitsproduktivität geradezu ein wichtiges Element der Friedenssicherung.

### *Freundschaft mit der Sowjetunion – für immer und unwider- ruflich*

Was zur tatkräftigen Stärkung des Sozialismus und des Friedens hier und heute gehört, sei an zwei weiteren wichtigen politisch-ideologischen Grundsätzen dargelegt, nämlich der festen Freundschaft zur Sowjetunion und der kameradschaftlichen Zusammenarbeit mit der Partei der Arbeiterklasse als der führenden Kraft in unserem Staat.

Welche Bedeutung diese beiden Grundsätze für unsere politische Arbeit eigentlich von Anfang an hatten, sehen wir schon daran, daß sie in den ersten Jahren des Bestehens unserer CDU der Dreh- und Angelpunkt in den Auseinandersetzungen zwischen den Kräften des Fortschritts und der Reaktion in unseren Reihen waren. Heute sind sie zusammen mit der Treue zum Sozialismus die Ausgangspunkte unseres Denkens und Handelns, wie wir es in der Entschließung unseres 13. Parteitages bekundet haben.

Daß der Sozialismus der einflußreichste Faktor in der Welt wurde, ist zuallererst der Sowjetunion zuzuschreiben. Ihr dynamisches Wirtschaftswachstum, ihr riesiges Potential, ihre wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Erfolge, die Stärke und Überlegenheit ihrer Verteidigungsmacht haben den Ausschlag für die grundlegende Veränderung des Verhältnisses der Kräfte in der Welt gegeben.

Auch dafür einige Zahlenbeweise.

Mehr als doppelt so schnell wie in den USA wuchsen allein von 1951 bis 1973 Nationaleinkommen, Industrieproduktion, landwirtschaftliche Produktion und Arbeitsproduktivität in der UdSSR. Dreimal höher war der Zuwachs bei Investitionen – und das alles bei denkbar schwierigen Ausgangspositionen.

Die USA waren ja wirtschaftlich gefestigt aus dem zweiten Weltkrieg hervorgegangen. Keine einzige Produktionsstätte war im Krieg zerstört worden. Im Gegenteil, Rüstungskonzerne konnten Milliardenprofite in neue Anlagen investieren.

Aber die Sowjetunion? 1710 Städte, mehr als 70 000 Dörfer, 31 850 Industriebetriebe, 90 000 Kolchose, 65 000 km Schienenstrecke waren 1945 vernichtet. 2500 Milliarden Rubel betrug der materielle Gesamtschaden. Aus dieser Position heraus hatte die Sowjetunion in der Nachkriegszeit den internationalen Klassenkampf gegen die stärkste kapitalistische Industriemacht der Welt zu führen. Und dennoch diese Ergebnisse! Kein Zweifel, daß die sozialistische der kapitalistischen Ordnung überlegen ist. Sie hat bewiesen, daß sie eben jene soziale Sicherheit und Gerechtigkeit für ihre Bürger garantiert, die auch das



höchstentwickelte kapitalistische System seinen Werktätigen aus objektiven Gründen niemals bieten kann, selbst wenn es wollte.

Die Sowjetunion ist die Hauptkraft der sozialistischen Staatengemeinschaft. Das zeigt sich allein schon daran, daß ihr Anteil an der Produktion sozialistischer Länder in der Industrie 70 Prozent, in der Landwirtschaft 60 Prozent, bei den Ausgaben für Wissenschaft und Technik 67 Prozent, bei Investitionen 80 Prozent und am Nationaleinkommen 70 Prozent beträgt.

Aber die Rolle der UdSSR als der berufenen Führungskraft in der Gemeinschaft der sozialistischen Staaten erweist sich noch an anderen Faktoren.

Die Sowjetunion verfügt über die längsten Erfahrungen und die umfangreichsten Erkenntnisse bei der Entwicklung des Sozialismus. Sie hat für Schaffung, Verteidigung und Aufblühen der sozialistischen Gesellschaft die größten Opfer gebracht. Heute leistet sie den entscheidenden Beitrag zur Friedenssicherung, unterstützt das allseitige Vorankommen ihrer Bruderländer, steht den Völkern im antiimperialistischen Kampf zur Seite.

Das sind wichtige Gründe genug, um uns auf Freundschaft und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion zu orientieren — für immer und unwiderruflich, wie es in unserer Verfassung niedergeschrieben ist und wie es im Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der DDR und der UdSSR vom 7. Oktober 1975 erneut bekräftigt wurde.

Mit Entschliefungen der Vorstände unserer Partei zur Freundschaft mit der Sowjetunion allein ist es dabei nicht getan. In unseren Mitgliederversammlungen und anderen Parteiveranstaltungen soll das Bekenntnis zur weiteren Festigung des Bruderbundes mit der Sowjetunion stets mit konkretem Inhalt erfüllt werden.

In der Nationalen Front wollen wir jederzeit bemüht sein, uns aktiv und mit schöpferischen Vorschlägen an allen Initiativen zu beteiligen, die der Freundschaft zur Sowjetunion dienen.

Alle unsere Vorstände sollten dafür sorgen, daß fähige Mitglieder unserer Partei in der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft aktiv mitarbeiten. Und wir freuen uns darüber, daß die Mitgliedschaft in der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft für unsere Mitglieder eine Selbstverständlichkeit ist.

Am Arbeitsplatz gibt es zahlreiche Möglichkeiten, sich sowjetische Erfahrungen zu eigen zu machen und sowjetische Neu-

eremethoden anzuwenden. Angesichts der Bedeutung solcher Erfahrungen und Methoden für unser Land und die Stärkung des Sozialismus insgesamt erfüllt es uns mit Befriedigung, daß unsere Freunde zu den ersten gehören, die diese Möglichkeit nutzen und andere dafür gewinnen, es auch zu tun. Das ist vielleicht manchmal gar nicht so einfach. Da steht mancher altgewohnte, eingeschliffene Arbeitsvorgang im Wege. Da gibt es auch hier und da noch Reste von falschem Prestigedenken und von Überheblichkeit.

Oder es geht um Exportverpflichtungen in die Sowjetunion. Sie termin- und qualitätsgerecht zu erfüllen ist weit mehr als schlichtes Wohlverhalten einem beliebigen Geschäftspartner gegenüber, sondern internationalistische Freundschafts- und Bündnispflicht.

Das alles vollzieht sich nicht im Selbstlauf, sondern ist eine wichtige Leitungsaufgabe, die allen Vorständen zudem weiten Raum für nützliche Überlegungen läßt, wo in ihrem Wirkungsbereich Fragen geklärt werden müssen, um am besten voranzukommen.

Wo es noch notwendig ist, sich mit der Meinung auseinanderzusetzen, daß wir in diesem Bündnis nur die „Gebenden“ wären, werden wir einer solchen Meinung stets die Wirklichkeit entgegensetzen:

Die UdSSR ist uns ein unentbehrlicher Rohstofflieferant. 90 Prozent unseres Bedarfs an Erdöl, Eisenerzen und Baumwolle, 70 Prozent unseres Bedarfs an Zink und Steinkohle kommen aus der Sowjetunion, um nur einiges zu nennen. Man stelle sich vor, wir wären damit in der augenblicklichen Situation auf dem Weltmarkt auf kapitalistische Lieferanten angewiesen — und ihnen also ausgeliefert.

Die DDR hat teil an dem riesigen Wissenschaftspotential der UdSSR mit rund 5300 Forschungseinrichtungen, an denen mehr als eine Million Wissenschaftler arbeiten. Etwa 6000 DDR-Bürger wurden bisher an sowjetischen Hochschulen ausgebildet. Etwa 3000 befinden sich zur Zeit dort.

Ohne die Sowjetunion wären Projekte wie das Eisenhüttenkombinat Ost, das Erdölverarbeitungswerk Schwedt oder die Kraftwerke Thierbach und Boxberg nicht zu verwirklichen gewesen.

Die mit Hilfe der UdSSR erreichte ökonomische Entwicklung der DDR hat maßgeblich dazu beigetragen, ihre weltweite Anerkennung durchzusetzen und die von den imperialistischen Mächten über sie verhängte diplomatische Blockade zu durchbrechen.

Das unerschütterliche Bündnis der DDR mit der UdSSR, die



festen Verankerung unseres Landes in der sozialistischen Staatengemeinschaft sind Grundlage und Garantie der Gegenwart und Zukunft unseres sozialistischen Staates.

Die wachsende allseitige Zusammenarbeit der Bruderländer ist eine erstrangige Gesetzmäßigkeit der Entwicklung der sozialistischen Staatengemeinschaft.

Sichtbarster Ausdruck dieser Zusammenarbeit ist die sozialistische ökonomische Integration. Sie ist ein objektiver Prozeß, weil ihm sowohl die gesetzmäßig wachsende Reife der sozialistischen Produktionsverhältnisse als auch die historische Tendenz der Internationalisierung der Produktivkräfte zugrunde liegen.

Die sozialistische Integration wird mehr und mehr an jedem Arbeitsplatz, nicht nur in den Betrieben, sondern auch in weiteren volkswirtschaftlichen Bereichen deutlich. Das geht nicht immer ohne Reibungen und Schwierigkeiten ab. Das Komplexprogramm und die langfristige gemeinsame Planung verlangen vielleicht Abschied von Dingen, die, wie man so sagt, „gut laufen“, und Umstellung auf Neues, Ungewohntes.

Diese Probleme wollen nicht nur äußerlich, sondern mit der notwendigen inneren Einstellung, einem echten Engagement, gewissermaßen in bester Qualität bewältigt werden. Dazu brauchen unsere Freunde die Einsicht, daß und warum die sozialistische Staatengemeinschaft mit der Sowjetunion an der Spitze der maßgebliche Friedensfaktor in der Welt ist. Und sie müssen befähigt werden, bei allem, was sie in der Gesellschaft tun, zu erkennen, daß letztlich nichts unserem Lande dient, wenn es nicht zugleich auch die sozialistische Staatengemeinschaft insgesamt voranbringt.

Da gibt es durchaus Bewährungssituationen, zum Beispiel diese:

Dieses Jahr begann der Bau der Erdgasleitung von Orenburg zur Westgrenze der UdSSR, ein Gemeinschaftswerk von sieben sozialistischen Ländern. Der DDR-Anteil daran ist zugleich das größte Jugendobjekt der DDR. Voller Begeisterung haben sich Tausende Mitglieder der FDJ auf ihre Mitarbeit am Abschnitt Kremenchug – Bar vorbereitet. 1979, wenn die Leitung fertig ist, wird sie jährlich 15,5 Milliarden Kubikmeter des wichtigen Energieträgers Erdgas befördern. Die DDR wird dann jährlich sovjet Energie aus Erdgas gewinnen wie aus 20 Millionen Tonnen Rohbraunkohle. In Stahl- und Walzwerken, in der Glas-, Keramik- und Baustoffindustrie der DDR werden durch Erdgas 40 Prozent der bisherigen Energieumwandlungsverluste in den technologischen Prozessen vermieden werden können.

Diejenigen, die von ihren Kollektiven zum Bau der Erdgaslei-

tung entsandt werden, werden im Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit stehen, sie werden bekannt und geehrt werden. Das ist gut und vollauf berechtigt.

Doch wie sich diejenigen verhalten, die mit Orenburg nur mittelbar zu tun haben, die nicht in Berichten der Massenmedien erscheinen können, die im DDR-Alltag ihre Pflicht erfüllen – das ist durchaus nicht weniger wichtig. Und viele Unionsfreunde werden darunter sein. Auch ihr Handeln wird, obwohl es von der Öffentlichkeit vielleicht unbeachtet bleiben wird, von ausschlaggebender Bedeutung sein. Wenn es „vor Ort“ beim großen Jugendobjekt klappen soll, dann muß hier für reibungsloses Funktionieren gesorgt werden.

Werden sie, wenn der Kollege vom Arbeitsplatz in die Ukraine reist, resignierend sagen: „Der Plan ist gefährdet!“, oder werden sie ihre besten Ideen beisteuern, damit Möglichkeiten gefunden werden, die Lücke zu füllen?

Werden sie denken: „Orenburg ist weit“, wenn zusätzliche Anforderungen an sie herantreten, oder werden sie mithelfen, daß es mit den Zulieferungen zu diesem Objekt klappt?

Das sind Fragen an den Grad des internationalistischen Bewußtseins und des Kollektivgeistes des einzelnen.

Die Leitungstätigkeit unserer Vorstände sollte deshalb darauf gerichtet sein, unsere Mitglieder zu befähigen, immer tiefer in die untrennbaren objektiven Zusammenhänge zwischen der wachsenden Kraft des Sozialismus und dem Erstarken des Friedens in der Welt Einblick zu gewinnen. Es kommt darauf an, im Innersten davon erfaßt zu sein, daß in unserem Lande niemand dem Frieden wahrhaft dienen kann, der nicht zugleich aktiv für die Freundschaft zur Sowjetunion und die enge Zusammenarbeit in der sozialistischen Staatengemeinschaft eintritt.

Und am besten spiegelt sich diese innere Haltung in konkreten Taten wider. Deshalb orientieren wir immer wieder darauf, die Tatbereitschaft der Mitglieder zu fördern und ihre Aktivität darauf hinzulenken,

- durch vorbildliche Leistungen am Arbeitsplatz die Erfüllung der vertraglichen Vereinbarungen mit den Bruderländern sichern zu helfen;
- zur Ausweitung des geistig-kulturellen Austauschs zwischen den sozialistischen Brudervölkern beizutragen;
- alle sich bietenden Möglichkeiten zur Vertiefung persönlicher freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Bürgern der Staaten der sozialistischen Gemeinschaft zu nutzen.



*Wachsende Führungsrolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei –  
wachsende Mitverantwortung der Bündnispartner*

Wachsen und Erstarken des Sozialismus, Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zu seinen Gunsten und somit Entspannung und Frieden in der Welt sind undenkbar ohne die wachsende Führungsrolle der Arbeiterklasse beim Aufbau und bei der weiteren Gestaltung des real existierenden Sozialismus. Das ist eine wichtige objektive Gesetzmäßigkeit des Aufbaus von Sozialismus und Kommunismus.

Die Führungsrolle der Arbeiterklasse bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft wächst erstens, weil die Arbeiterklasse als Träger der Macht das größte Klasseninteresse an der weiteren Gestaltung des Sozialismus und dem Aufbau des Kommunismus hat.

Zweitens wächst auch im Sozialismus die Arbeiterklasse. In der DDR sind heute 87,5 Prozent aller Werktätigen Arbeiter oder Angestellte. 1955 waren es 78,4 Prozent.

Drittens war und bleibt die Arbeiterklasse die Hauptproduktivkraft der Gesellschaft. Je größer die Aufgaben in Wirtschaft, Wissenschaft und Technik werden, desto größer wird auch ihre Verantwortung für die Führung dieser Prozesse.

Viertens übt die Arbeiterklasse entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung der sozialistischen Lebensweise und Kultur aus und prägt das geistige Antlitz der Gesellschaft.

Die Arbeiterklasse verwirklicht ihre historische Mission unter Führung ihrer marxistisch-leninistischen Partei. Mit der Führungsrolle der Arbeiterklasse wächst also gesetzmäßig auch die Führungsrolle ihrer Partei.

Ebenso aber gewinnt auch das bewährte Bündnis der Arbeiterklasse und ihrer Partei mit den sozialen und politischen Kräften unserer Gesellschaft gerade bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Ordnung an Bedeutung.

Der VIII. Parteitag der SED hat bekanntlich gesagt: „Nichts geht ohne die Kraft des Volkes!“, und er hat alle Werktätigen aufgerufen, „schöpferische Kräfte zu entfalten und einen eigenen bedeutenden Beitrag im Sozialismus zu leisten. Jeder, der sich um die gemeinsame Sache verdient macht, genießt Ansehen in unserem Land.“ Und die Würdigung der Arbeit der anderen demokratischen Parteien durch das 13. Plenum des Zentralkomitees der SED war mit der Feststellung verbunden, daß die SED auch in Zukunft, beim Vorwärtsschreiten zum Kommunismus, an dem bewährten Prinzip festhalten wird, im Demokratischen Block alle Grundfragen zu beraten und abzustimmen.

Es sollte das ständige Bestreben der Vorstände unserer Partei sein, die Mitglieder in vollem Umfang in die Lage zu versetzen, zu denen zu gehören, die sich um die gemeinsame Sache verdient machen. Das erfordert von jedem Vorstand, alle Mitglieder zu befähigen, sich in den Grundfragen der Politik und Moral den Standpunkt der Arbeiterklasse zu eigen zu machen und ihn parteilich zu vertreten.

Das heißt nicht nur, daß jedes Mitglied an jedem Platz, im Betrieb und im Territorium, die führende Rolle mit dem Vorstand und im Gefühl erfaßt haben muß.

Das erfordert zudem, unsere Freunde zu befähigen, den Wesensgehalt der auf die Situation im Betrieb und im Territorium gerichteten Beschlüsse der Partei der Arbeiterklasse zu erfassen, danach zu handeln und andere ebenfalls dazu zu veranlassen.

Das verlangt weiterhin, bei allen unseren Freunden die Erkenntnis zu festigen, daß ihr gesellschaftliches Ansehen von ihrer Leistung für die Gesellschaft abhängt und daß gesellschaftliche Verantwortung am besten im Kollektiv realisiert werden kann. Dann wird das Wirken unserer Freunde auch effektiv zur ständigen weiteren Festigung der politisch-moralischen Einheit des Volkes beitragen.

Die Vorstände sollten so arbeiten, daß allen unseren Mitgliedern immer besser bewußt wird:

Wer im Betrieb und im Wohngebiet nach besten Kräften mitarbeitet, mitplant und mitregiert, wer um hohe Effektivität der gesellschaftlichen Arbeit bemüht ist, wird zum aktiven Mitgestalter des gesellschaftlichen Lebens, dessen Teilhaber er ja ist. Im gemeinsamen Handeln der Menschen in der sozialistischen Gesellschaft werden noch vorhandene Hemmnisse und Schwierigkeiten überwunden, wird dem Neuen zum Sieg über das Alte, Überlebte verholphen, können die Menschen ihre Tatkraft voll entfalten, sich selbst und ihre zwischenmenschlichen Beziehungen weiterentwickeln, erhält auch das Bemühen um ständige Steigerung der Arbeitsproduktivität seinen guten Sinn.

Indem unsere Mitglieder ihre erhöhte Mitverantwortung wahrnehmen, erfüllen sie zugleich ihre Bündnispflicht.

Es ist ein wichtiges Kriterium für die Qualität der Leitungstätigkeit der Vorstände unserer Partei, inwieweit sie diese Einsicht bei allen Mitgliedern fördert und zu immer neuen Taten werden läßt.



## *Friede, antiimperialistischer Kampf und Solidarität*

Friedenskampf ist antiimperialistischer Kampf. Die entscheidenden Erfolge der antiimperialistischen Kräfte in dieser Auseinandersetzung bieten die Möglichkeit, einen neuen Weltkrieg zu verhindern und das Wettrüsten einzuschränken. Deshalb trägt es zur Konkretisierung unseres Friedensdienstes bei, wenn wir in der Entschließung unseres 13. Parteitages betont haben: „Wir christlichen Demokraten unterstützen den Kampf der internationalen Arbeiterklasse und aller anderen fortschrittlichen Kräfte gegen Imperialismus, Kolonialismus, Neokolonialismus und Rassismus.“

Mehr und mehr verlagert sich heute der internationale Klassenkampf auf das Feld der Wirtschaft, der Politik, der Diplomatie und der Ideologie.

Dabei gewinnt der ideologische Kampf immer mehr an Gewicht; denn die Ausstrahlungskraft des Sozialismus wird größer, seine Fortschritte einerseits und die kapitalistische Krise andererseits lassen die Werktätigen im Kapitalismus nach einer Alternative zum kapitalistischen System suchen, und die gegenseitige ideologische Einwirkung durch Massenmedien, Tourismus, kulturelle und wirtschaftliche Beziehungen nimmt zu.

Angesichts dessen erwächst der Leitungstätigkeit unserer Vorstände die Aufgabe, alle Mitglieder zu befähigen, die Politik der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher gesellschaftlicher Ordnung überzeugungsstark zu vertreten und alle antikommunistischen Angriffe der bürgerlichen Ideologie und Politik mit hoher Parteilichkeit konsequent zurückzuweisen.

Es kommt darauf an, Besuchern aus nichtsozialistischen Ländern ein Bild vom realen Sozialismus zu vermitteln und sie zur aktiven Unterstützung der Politik der friedlichen Koexistenz zu ermutigen.

Und es ist notwendig, unsere sozialistischen Errungenschaften verantwortungsbewußt sowohl in militärischen Verbänden als auch in den Organen der Zivilverteidigung schützen und verteidigen zu helfen.

Es wird uns um so besser gelingen, dies durchzusetzen, je mehr wir unseren Freunden die Zusammenhänge von Frieden und Kampf gegen den Imperialismus deutlich zu machen verstehen.

Doch die Grundlage ist auch hier der Grad der Effektivität der gesellschaftlichen Arbeit. Je attraktiver dadurch der Sozialismus wird, desto überzeugender läßt er sich vertreten,

desto wirksamer schützen und verteidigen, desto schwerer wird es antikommunistischer Propaganda gemacht.

Zum anderen ist hervorzuheben, daß Friedenskampf antiimperialistische Solidarität heißt. Da gibt es keine Entfernungen und keine Grenzen. Wer in diesem Kampf zu uns gehört, wessen Sache die unsere ist, mit dem üben wir Solidarität, wo immer er auch wohnt, welcher Weltanschauung, welchem Volk, welcher Rasse er auch angehören mag.

Solidarität aber hat zur ersten Voraussetzung wiederum die Stärkung des Sozialismus. Je stärker er ist, desto bessere Bedingungen gibt es für die Förderung des Fortschritts auch in den nichtsozialistischen Ländern. Je weiter andererseits dort die Befreiung vom kapitalistischen Joch fortschreitet, desto stärkere Kräfte erwachsen dem Frieden in der Welt.

Deshalb sollten unsere Vorstände alle unsere Freunde in die Lage versetzen zu erkennen, daß die Solidaritätspflicht eines jeden einzelnen Bürgers der DDR dort anfängt, wo er seine Kraft für die höchstmögliche Produktivität und Effektivität der gesellschaftlichen Arbeit einsetzt; und da hat die Solidarität ihr entscheidendes Maß.

Es gibt buchstäblich keinen Bereich unseres gesellschaftlichen Lebens, auf den die Höhe der Arbeitsproduktivität nicht entscheidend einwirkt.

Gewiß, nicht jeder kann in der Sowjetunion mithelfen, die Orenburger Erdgasleitung zu bauen.

Nur wenige Unionsfreunde kommen in die Lage, für Entspannungsfortschritte auf internationalen Konferenzen zu wirken.

Nur einige können in Entwicklungsländern direkt Solidarität praktizieren.

Aber eines, und zwar das Entscheidende, können alle: Ihr Bestes geben, um an ihrem Platz in Beruf und Territorium, und schein er noch so unbedeutend, dazu beizutragen, ein optimales Maß an Arbeitsproduktivität und Effektivität der gesellschaftlichen Arbeit im Betrieb und im Territorium zu erreichen.

Das dient ihrem eigenen Interesse, nützt der DDR, fördert die sozialistische Gemeinschaft, stärkt die Kampfkraft in der internationalen Klassenauseinandersetzung mit dem Imperialismus, dient der Solidarität und bringt, alles in allem, den Frieden voran.



Im ganzen zeigt sich, daß sich angesichts dessen zwei Haltungen erneut gerechtfertigt sehen: Vertrauen und Verantwortung.

Vertrauen — auf die Kraft des werktätigen Volkes, die sozialistische Friedenspolitik durchsetzt, wenn es auch in der Welt nicht überall zügig genug vorwärtsgeht, wenn auch verschiedene Tendenzen miteinander im Widerstreit standen und auch künftig stehen werden, wenn auch mancher imperialistische Politiker heute so und morgen anders redet und handelt.

Verantwortung — für die eigene, bestmögliche Leistung zur Förderung der sozialistischen Gesellschaft, Verantwortung in der Gemeinschaft. Nicht, daß sich einer auf den anderen verläßt, sondern daß sich einer auf den anderen verlassen kann, hat uns alle gemeinsam vorwärtsgebracht.

Dabei soll das Vertrauen, das durch die Leitungsarbeit unserer Vorstände gefördert wird, nicht blind sein, sondern sehend und parteilich und die Verantwortung, die durch diese Arbeit gefestigt wird, nicht ziellos, sondern auf das Ziel der Stärkung des Sozialismus gerichtet. Das erreichen wir, wenn unsere Vorstände so leiten, daß allen Freunden zu den Einsichten in den Prozeßcharakter der gesellschaftlichen Entwicklung verholfen wird.

Einige Wechselwirkungen, die in der gesellschaftlichen Wirklichkeit des Sozialismus eine große Rolle spielen, sind für die politisch-ideologische Arbeit unserer Vorstände besonders bedeutsam.

Dazu gehört die Dialektik zwischen den objektiven Faktoren des Sozialismus und dem subjektiven Faktor, den Menschen, ohne deren bewußtes Schaffen und Wirken er nicht entstehen und sich festigen kann.

Es kommt darauf an, die Dialektik stärker zu beachten, die zwischen Erfahrungen und Erlebnissen der Menschen im sozialistischen Alltag — positiven und gewiß manchmal auch negativen — einerseits und der Notwendigkeit andererseits besteht, ihnen den Zusammenhang dieser Erfahrungen und Erlebnisse mit den Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung klarzumachen, die unsere Gesellschaft bestimmen.

Es ist die Dialektik zu bedenken zwischen der Erfahrung, daß gute Arbeit im Sinne der Hauptaufgabe höheres Lebensniveau schafft, und der Notwendigkeit, Weg und Ziel der Hauptaufgabe stets in den richtigen Zusammenhang zu stellen.

Deshalb wird die politisch-ideologische Arbeit der Vorstände

unserer Partei dann den rechten Erfolg haben, wenn sie unseren Freunden die Fähigkeit zur Gesamtschau von Ursachen und Zusammenhängen im gesellschaftlichen Gefüge unserer Zeit vermittelt. Den Wert eines Mosaiksteinchens vermag nur zu erkennen, wer das ganze Bild sieht und die Funktion dieses Steinchens für das ganze Bild.

Bei alledem sollte niemand in den Fehler verfallen, die Sache nur einseitig zu sehen, als wären die Vorstände der gebende und die Mitglieder der nehmende Teil. Vielmehr gilt es, die Wechselwirkung vornehmlich zwischen der Bewußtseinsbildung unserer Freunde am Arbeitsplatz und der bewußtseinsbildenden Funktion der Leitungstätigkeit unserer Vorstände zu sehen und zu nützen.

Im Prozeß der Arbeit und im sozialistischen Wettbewerb liegen die entscheidenden Antriebe zur Formung der sozialistischen Persönlichkeit. Im Arbeitskollektiv entwickeln sich Beziehungen der Kameradschaft und gegenseitigen Hilfe am deutlichsten. Bis hinein in die Familie ist das Leben des Menschen mit dem Arbeitskollektiv verbunden.

Was das Mitglied unserer Partei im Arbeitsprozeß erlebt, inspiriert es zu seinen Fragen in der Versammlung, formt seine Meinung zu politischen Problemen, bestimmt vielfach das Maß von Rat und Tat, das er in die ehrenamtliche Arbeit investiert. Andererseits kommt am Arbeitsplatz manche Erkenntnis aus der Mitgliederversammlung, manches Erlebnis aus der Arbeit im Territorium, mancher Erfahrungsbericht anderer Freunde zum Tragen, gewinnt Gestalt, hilft Probleme lösen, führt zu der Erkenntnis, daß sich gesellschaftliche Verantwortung eines christlichen Demokraten zuerst und vor allem am Arbeitsplatz, in der Mitarbeit an der Erhöhung der Produktivität und Effektivität der gesellschaftlichen Arbeit bewährt.

Insgesamt gilt, daß zum sozialistischen Staatsbewußtsein Wissen, Kenntnis der Zusammenhänge, der Ursachen und Formen gesellschaftlicher Erscheinungen und Prozesse ebenso gehören wie moralische Verhaltensweisen, also etwa Disziplin, Entscheidungsfreude, Gemeinsinn.

Gutes sozialistisches Staatsbewußtsein ist eine wichtige Triebkraft zu guten, effektiven, schöpferischen Leistungen für den Sozialismus, zu hoher Produktivität und Effektivität der gesellschaftlichen Arbeit. Mit der Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ist die Arbeit vom Zwang, zu dem sie in den Ausbeuterordnungen geworden war, wieder zu ihrer eigentlichen Bestimmung erhoben worden, den Menschen frei zu machen, Bestätigung der Gemeinnützigkeit seiner Kenntnisse und Fähigkeiten zu finden, die Arbeitsergeb-



nisse selbst zu nutzen, seine Umwelt schöpferisch zu formen, in der Arbeit humanistische Ideale zu verwirklichen. Wo diese Erkenntnis Platz greift, wird auch das Bestreben Platz greifen, die höchstmögliche Produktivität der eigenen und der gemeinschaftlichen Arbeit anzustreben.

Gut leiten heißt so leiten, daß unsere Freunde durch bewußtseinsbildende Arbeit stets zu vorbildlicher Aktivität in Beruf und Territorium befähigt werden.

### **Politisch-ideologische, politisch-organisatorische und kaderpolitische Arbeit im Leitungsprozeß sinnvoll verbinden**

Für die Leitungstätigkeit unserer Vorstände ist es von großer Bedeutung, die politisch-ideologische, die politisch-organisatorische und die kaderpolitische Arbeit richtig und sinnvoll miteinander zu verbinden.

Nur in der Einheit, im reibungslosen Ineinandergreifen dieser drei Faktoren können wir voll realisieren, was wir uns vorgenommen haben, nämlich noch ergebnisreicher an der Leitung der gesellschaftlichen Prozesse auf allen Ebenen teilzunehmen und alle Mitglieder für die Mitarbeit an der Erfüllung des gesellschaftlichen Auftrags unserer Partei zu gewinnen und zu befähigen.

Teilnahme an der Leitung der gesellschaftlichen Prozesse auf allen Ebenen – das ist eine Aufgabe von bedeutender Tragweite. Das stellt hohe Anforderungen an Geschlossenheit und Kampfkraft unserer Partei. Das fordert die Einbeziehung aller Mitglieder, einen hohen Grad ihres sozialistischen Staatsbewußtseins, kluge Führung und große Disziplin. Nur so werden wir diese Aufgabe lösen können.

Wie sind politisch-ideologische, politisch-organisatorische und kaderpolitische Arbeit einander zugeordnet?

Die politisch-ideologische Arbeit ist das Kernstück unseres gesamten Wirkens. Das war, ist und bleibt richtig. Aber wir haben diese Arbeit nie als Selbstzweck betrachtet. Stets haben die Vorstände unserer Partei in einem ständig fortschreitenden Prozeß das sozialistische Staatsbewußtsein bei unseren Freunden gebildet und gefördert und damit auf der jeweiligen Stufe der Entwicklung von Staat und Gesellschaft Tatbereitschaft zur Mitarbeit am großen Werk des Sozialismus in der DDR erzeugt. Und so sehen sie diese Arbeit auch jetzt, da neue, große Aufgaben vor unserem Staat und unserer Gesellschaft und somit auch vor unserer CDU stehen.

Tatbereitschaft – sie erwächst aus den Erfahrungen dreißigjähriger politischer Arbeit unserer Partei. Diese Erfahrungen besagen, daß durch die Mitarbeit am Aufbau des Sozialismus Christen in Übereinstimmung mit den gesellschaftlichen Konsequenzen aus christlicher Ethik in umfassender Weise Dienst am Nächsten und am Frieden üben können, weil im Sozialismus alle Anstrengungen dem Wohl des Menschen, dem Glück des Volkes gelten.

Tatbereitschaft – sie erwächst vor allem aus dem, was die Einsichten in die Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung und in die Lehren der Geschichte uns christlichen Demokraten gebieten: um des Menschen und des Friedens willen den Sozialismus weiter allseitig stärken zu helfen.

Gute politisch-ideologische Arbeit vertieft diese Quellen der Tatbereitschaft unserer Mitglieder laufend. Gewissenhafte Planung und Leitung der politisch-organisatorischen und Kaderarbeit gewährleisten, daß die Tatbereitschaft zur konkreten Tat wird und höchstmöglichen gesellschaftlichen Nutzen bringt.

Denn kein noch so hohes Bewußtsein ist in der Lage, Organisation zu ersetzen, ebenso wie andererseits keine noch so perfekte Organisation Bewußtseinmängel verdecken kann. Und beides kann nur wirksam werden durch die richtigen Kader am richtigen Platz.

An zwei Beispielen sei der Zusammenhang der drei Faktoren erläutert.

### *Die Einheit von politisch-ideologischer, politisch-organisatorischer und kaderpolitischer Arbeit beim Wirken unter parteilosen Christen*

Der gesellschaftliche Auftrag unserer Partei ist es, Bürgern christlichen Glaubens aus den der Arbeiterklasse verbündeten Schichten die grundsätzliche Übereinstimmung ihrer Interessen mit denen der Arbeiterklasse und der gesamten sozialistischen Gesellschaft überzeugend zu erläutern, von solchen Erkenntnissen her ihr sozialistisches Staatsbewußtsein weiter herausbilden und festigen zu helfen und sie zu Taten für die allseitige Stärkung der DDR zu veranlassen.

Natürlich gilt dieser Auftrag für all unser Wirken. Doch soll er hier die Richtung weisen für eine spezifische Aufgabe, nämlich für die Arbeit mit jenen parteilosen Bürgern, die zugleich kirchliche Amtsträger sind, und mit anderen Gliedern der Kerngemeinden, die als christliche Bürger in unserem Staat ihre Bürger- und ihre Christenpflicht durchaus in Übereinstim-



mung wahrnehmen können und die sicher sein dürfen, daß sich beides verträgt.

Was sollten unsere Vorstände beachten, wenn sie diese Arbeit leisten?

Es können hier nur einige politisch-ideologische Fragen genannt werden, die sie erläutern, einige politisch-organisatorische Probleme, die sie bewältigen, einige kaderpolitische Vor- sorge, die sie treffen sollten.

Zunächst einiges zur politisch-ideologischen Seite der Sache.

Nicht alle unsere Gesprächspartner im kirchlichen Raum kommen immer direkt – wie andere etwa am Arbeitsplatz – mit gesellschaftsgestaltenden Prozessen in Berührung. Mit ihnen werden wir notwendigerweise zuweilen Fragen diskutieren müssen, die für unsere Mitglieder längst keine Fragen mehr sind. Da kann es durchaus vorkommen, daß wir immer wieder hervorheben müssen, daß der Sozialismus die Ordnung des Friedens ist. Wir werden zu erklären haben, daß das geschichtlich erwiesen ist und sich jeden Tag neu erweist. Wie anders wäre es sonst möglich, so werden wir fragen, daß wir heute, aufgrund der Erfolge der sozialistischen Politik der friedlichen Koexistenz, erstmals überhaupt in der Menschheitsgeschichte das Ziel einer Welt ohne Krieg ins Auge fassen könnten? Daß es erstmals auf Erden die Chance gibt, den uralten Traum vom Frieden als Normalzustand des Zusammenlebens der Völker aus dem Reich der Utopie in das der Wirklichkeit zu befördern? Sozialistische Politik ermöglicht es Christen, so werden wir beweisen, dem Friedensauftrag christlicher Ethik so wirksam wie nie zuvor dienen zu können.

Wenn das Gespräch sich mit den Fragen der Nächstenliebe befaßt, werden wir erklären, daß die schaffenden Menschen im Sozialismus aufgrund seiner Struktur als ausbeutungsfreie Gesellschaftsordnung umfassend ihren wohlverstandenen Interessen gemäß handeln können. Daher entspricht der Christ durch fleißige und schöpferische Mitarbeit an der Hauptaufgabe zugleich auch der Verantwortung für den Menschen und dem Gebot der Nächstenliebe, wie sie sich aus christlicher Ethik ergeben, in neuer und umfassender Weise. Nächstenliebe heißt nicht mehr nur, aus individueller Sorge für einzelne Arme und Notleidende zu handeln, sondern an der Überwindung der Ursachen von Armut und Not mitzuwirken.

In Anknüpfung an das heute in kirchlichen Kreisen der DDR erfreulich weit verbreitete antiimperialistische Engagement werden wir darlegen, daß der Sozialismus Solidarität praktiziert. Zusammenstehen und Zusammengehen mit den vom Imperialismus ausgebeuteten Völkern, die um ihre nationale und

soziale Befreiung kämpfen, gehört zu seinen Prinzipien. Dem Christen eröffnet dies weiten Raum für Nächstenliebe über alle Grenzen von Ländern und Erdteilen, Rassen und Weltanschauungen hinweg.

Sprechen wir mit Mitgliedern von Gemeindegemeinderäten, die im Produktionsprozeß stehen, werden wir erläutern können, daß der Sozialismus produktive menschliche Arbeit von einer Bürde zu einer Sache der Würde macht. Indem er die Schranken der Ausbeutung beseitigt hat, schafft er die Garantie, daß der Mensch durch seine Arbeit in der Gemeinschaft seiner Mitmenschen zum allgemeinen Wohl und nicht zur Mehrung privaten Profits einer dünnen Oberschicht beiträgt; daß Arbeit und ihre Ergebnisse zur Quelle von Gerechtigkeit und nicht von Ungerechtigkeit werden; daß Arbeit gemeinschaftsbildend und nicht im Konkurrenzkampf gemeinschaftszerstörend wirkt. Damit aber erfüllen sich im Sozialismus bedeutende Merkmale christlichen Arbeitsethos, deren Erfüllung der Kapitalismus zu erreichen nie imstande ist.

Im Gespräch mit Frauen und Müttern aus kirchlichen Kreisen werden wir das Schwergewicht sicher mit darauf legen zu erklären, daß der Sozialismus die Grundlage für gesunde und harmonische Familienbeziehungen gibt. Seine ökonomischen Verhältnisse sind familienfreundlich. Seine moralischen Maximen fördern die Familie ebenso wie seine juristischen. Die Sorge für Mütter und Kinder hat einen hohen Rang in der sozialistischen Gesellschaft.

In dem Maße, in dem solche Bürger diese und weitere ähnliche Fakten, die ihnen gewiß oft schon bekannt und geläufig sind, im Wesen erfassen und in ihren Zusammenhängen verstehen, werden ihnen auch die grundsätzlichen Parallelen zwischen ihren Interessen als Christen und Staatsbürger und den gesamtgesellschaftlichen Interessen klarwerden.

Es gehört zu den Leitungsaufgaben der Vorstände unserer Partei, dies zu fördern, damit parteilose christliche Bürger in unserem Staat immer besser verstehen, als staatsbewußte Bürger zu denken und zu handeln.

Es sollte erreicht werden, daß sie fragen, wenn sie jemanden nach Freiheit rufen hören, für wen er sie verlangt: für die Ausbeuteten oder die Ausbeuter, für Corvalán oder Pinochet. Und daß sie, wenn sie „Brüderlichkeit“ oder „Versöhnung“ hören, fragen, was und wer gemeint ist: Brüderlichkeit und Versöhnung mit den vom Imperialismus Verfolgten und Unterdrückten oder mit ihren Verfolgern, mit den Farbigen in Südafrika oder mit Herrn Vorster.

Es sollte erreicht werden, daß alle christlichen Bürger in un-



serem Staat von solchen Bewußtseinsinhalten geprägt sind, um die richtigen Antworten geben zu können, wenn Grundsatz- oder Tagesfragen an sie herantreten. Sie werden dann beispielsweise bedenken, daß Menschenrechte an die jeweilige Gesellschaftsordnung gebunden sind, und beweiskräftig auftreten können, wenn gelegentlich im kirchlichen Raum die These von der Gottgegebenheit menschlicher Freiheiten dazu benutzt wird zu behaupten, die Menschenrechte stellen ein unbewältigtes Problem unserer Gesellschaft dar. Sie werden dieser antisozialistischen Propaganda entschieden entgegen-treten und darlegen können, daß der real existierende Sozialismus es ist, der die grundlegenden Rechte der Menschen – wie das Recht auf Leben und Frieden, auf Arbeit, auf Gleichstellung der Frauen und der Jugend in der Gesellschaft, auf Bildung und Gesundheitsfürsorge für alle – durchsetzt. Unbewältigt, so werden sie darlegen können, ist das Problem der Menschenrechte allerdings in den nichtsozialistischen Staaten, wo Arbeitslosigkeit und Bildungsnotstand, Rassendiskriminierung und soziales Elend, soziale Zurücksetzung von Frauen und Jugendlichen, ja auch als Schandmal des 20. Jahrhunderts noch Hunger herrschen, und zwar nicht zufällig, sondern als Begleiterscheinungen eines nur in Nuancen unterschiedlich inhumanen Systems – des Kapitalismus.

Bei der Leitung der Arbeit unserer Partei mit aktiv kirchlich tätigen parteilosen Bürgern bedenken wir natürlich, daß staatsbürgerliches Engagement für den Sozialismus keine statische, ein für allemal entstehende und dann stagnierende Sache ist. Es muß sich an den immer neuen Gegebenheiten und Erfordernissen der fortschreitenden Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft und der Weltlage orientieren.

Wir wollen helfen, daß sich bei einer immer größeren Zahl dieser Bürger die Erkenntnis weiter vertieft, daß im Sozialismus eine weitgehende Übereinstimmung von Christen- und Bürgerpflicht und deren Realisierung besteht.

Nun zur politisch-organisatorischen Seite der Sache.

Wenn unsere Vorstände diese wichtige Arbeit mit Erfolg leiten wollen, ist es notwendig, in den Kreisen aktiv mit allen daran beteiligten gesellschaftlichen Kräften zusammenzuarbeiten und engen Kontakt besonders mit dem Kreisausschuß der Nationalen Front und seinem Sekretariat zu halten.

Besondere Aufmerksamkeit schenken wir unserer Mitarbeit in den Arbeitsgruppen „Christliche Kreise“. Alle Unionsfreunde, die in diesen Arbeitsgruppen mitarbeiten, haben Anspruch auf tatkräftige Unterstützung durch die Bezirks- und Kreisvorstände und -sekretariate.

Es ist richtig daß sich die Vorsitzenden unserer Verbände selbst und ständig um die Tätigkeit unserer Unionsfreunde in den Arbeitsgruppen kümmern.

Je kontinuierlicher und intensiver, je klüger und effektiver in diesen Arbeitsgruppen das politisch-ideologische Gespräch mit Pfarrern und anderen Theologen über Grund- und Tagesfragen unserer Entwicklung geführt wird, desto eher wird es auch gelingen, sie zu stärkerem gesellschaftlichem Engagement zu gewinnen.

Dabei sollten wir auch an die Möglichkeiten denken, die sich im Rahmen der Parteiarbeit selbst ergeben, etwa an die Jahreshauptversammlung und Kreisdelegiertenkonferenzen, zu denen wir Gäste einladen, an Einladungen zur Teilnahme an zentralen Veranstaltungen oder an einer Reisegruppe des Hauptvorstandes in die Sowjetunion.

Die Ortsgruppenvorstände haben den Auftrag, in Gemeinschaft mit den Ausschüssen der Nationalen Front das kontinuierliche politische Gespräch mit Mitgliedern von Gemeindekirchenräten und Pfarrgemeinderäten zu organisieren.

Im Bericht des Präsidiums an die XI. Sitzung des Hauptvorstandes wurde zu dieser Arbeit festgestellt: „Das fördert das staatsbürgerliche Denken und Handeln dieser christlichen Bürger, ihren Willen, sich als sozialistische Staatsbürger bei der Verwirklichung der Hauptaufgabe und der Unterstützung sozialistischer Friedenspolitik zu bewähren. Das trägt zugleich dazu bei, den Umdenkungs- und Profilierungsprozeß, das loyale Verhältnis der Kirchen zu unserem sozialistischen Staat und das Friedensengagement von Vertretern der Kirchen wirksam zu unterstützen.“ Diese Feststellungen unterstreichen die Wichtigkeit einer guten und kontinuierlichen Organisation dieser Arbeit.

Was gehört nun zur kaderpolitischen Seite?

Wie erfolgreich unsere Arbeit mit parteilosen Bürgern christlichen Glaubens ist, hängt ganz maßgeblich von den Unionsfreunden ab, die diese Arbeit leisten. Natürlich gehen wir davon aus, daß ein aktiver christlicher Demokrat ohnehin zu solcher Arbeit in der Lage ist. Aber wie wir wissen, sind die Erfahrungen, Fähigkeiten und Neigungen unserer Freunde unterschiedlich. Und so gilt es, für die Arbeit mit parteilosen kirchlichen Amtsträgern aller Ebenen sowie mit Gliedern der Kerngemeinden die geeignetsten Freunde zu finden.

Dazu sollten die Vorstände unserer Partei diese Freunde nicht nur systematisch weiterbilden, etwa durch Politisches Studium und gegebenenfalls durch Entsendung zu Lehrgängen der Zentralen Schulungsstätte, sondern sie auch ständig



in die praktische Arbeit auf diesem Gebiet unter Anleitung der Erfahrensten einbeziehen.

*Die Einheit von politisch-ideologischer, politisch-organisatorischer und kaderpolitischer Arbeit bei unserer Arbeit mit Mitgliedern in Landgemeinden*

Sehr viele Ortsgruppen hat unsere Partei auf dem Lande. Und fast jeder Unionsfreund, der ihnen angehört, ist samt seiner Familie irgendwie mit der Landwirtschaft verbunden — direkt oder indirekt.

Daher ist es eine wichtige politisch-ideologische Aufgabe für unsere Vorstände, ständig auf das Verhältnis dieser Unionsfreunde zu den grundlegenden Veränderungen einzuwirken, die sich in der Landwirtschaft der DDR mit der sozialistischen Intensivierung vollziehen. Zur Verantwortung unserer Vorstände gehört es, dafür zu sorgen, daß alle diese Unionsfreunde im Innersten davon überzeugt sind, daß dieser Prozeß eine objektive Notwendigkeit ist, wenn die Landwirtschaft auch künftig ihre ständig wachsenden Aufgaben erfüllen soll; denn diese Freunde samt ihren Angehörigen sehen sich in diesem Prozeß neuen Anforderungen gegenüber, Anforderungen etwa an ihre Bereitschaft zur Umstrukturierung ihres Arbeitsgebietes und damit zur weiteren Qualifizierung. Unsere Vorstände sollten so arbeiten, daß diese Unionsfreunde nicht nur selbst bewußtseinsmäßig in der Lage sind, diese Anforderungen zu erfüllen, sondern daß sie auch andere christliche Bürger in ihrer Umgebung mitnehmen können auf den Weg der weiteren Entwicklung der sozialistischen Landwirtschaft.

Also gehört es zu den wichtigen politisch-ideologischen Anliegen der Leitungstätigkeit unserer Vorstände, auf diesem Gebiet Zusammenhänge darzulegen, Erkenntnisse zu vermitteln, Klarheit zu schaffen, Tatbereitschaft zu fördern, Schriftmachergeist zu entwickeln.

Das beginnt sicher oft damit, daß allen unseren Freunden zur bewußtseinsmäßigen Erfassung dessen verholfen wird, was mit der Erfüllung der Hauptaufgabe von den in der Landwirtschaft Tätigen erwartet wird. Wie groß diese Aufgabe ist, zeigt allein schon diese Relation:

1973 hat dort ein Werktätiger die Ernährungsgrundlage für 28 Personen erzeugt, 1975 aber schafft er für 32 Personen diese Grundlage, also eine Steigerung um rund 12 Prozent.

Das ist ein gewaltiges Programm. Es bezeugt zum einen das Vertrauen der Staatsführung in die Kraft, die Initiative, den

Leistungswillen der in der Landwirtschaft Beschäftigten. Es fordert sie andererseits, ihr Bestes zu geben. Doch nur der wird innerlich dazu aufgeschlossen sein, der die objektive Notwendigkeit solcher Ziele und Ziffern erkannt hat.

Deshalb sollten sich alle Vorstände bemühen, den Blick unserer Unionsfreunde auf dem Lande vom eigenen Arbeitsplatz auf ihre gesamtgesellschaftliche Verantwortung zu lenken. Denn die Landwirtschaft soll ja nicht nur die Bevölkerung immer besser mit qualitativ hochwertigen Nahrungsgütern versorgen, sondern auch in zunehmendem Maße Rohstoffe für die Industrie bereitstellen und einen wachsenden Beitrag zum Nationaleinkommen leisten. Auch ihre Rolle im Export ist von Bedeutung. Die Weltmarktpreise sprechen da ein gewichtiges Wort. Wenn wir landwirtschaftliche Produkte zu für uns günstigen Preisen exportieren können, fangen wir Valutaverluste auf, die uns beim notwendigen Import verteuert Erzeugnisse aus kapitalistischen Ländern entstehen. Solche und ähnliche Zusammenhänge gilt es allen unseren Unionsfreunden auf dem Lande zu vermitteln.

Um so besser werden unsere Freunde mitarbeiten, je tiefer sie davon überzeugt sind, daß die notwendige Leistungssteigerung nur möglich ist, wenn die Landwirtschaft so intensiviert wird, daß sie in enger Verflechtung mit den Industriezweigen, die ihr die Produktionsmittel liefern, und den Verarbeitungsbetrieben planmäßig zu industriemäßigen Produktionsmethoden übergeht. Nur so wird sie im Niveau der Produktion, der Arbeitsproduktivität und der Effektivität den Kriterien der entwickelten sozialistischen Gesellschaft immer besser gerecht werden.

Zur Intensivierung der Landwirtschaft der DDR ist die Intensivierung der Pflanzenproduktion der Dreh- und Angelpunkt. Und da für die Entwicklung der Landwirtschaft die objektiven ökonomischen Gesetze des Sozialismus genauso gelten wie für die gesamte Volkswirtschaft, wird Intensivierung hier wie auch in den anderen volkswirtschaftlichen Bereichen in erheblichem Maße durch Konzentration und Spezialisierung der Produktion gefördert. Der nutzbringendste Weg dazu ist die Kooperation.

Sie schreitet von einfachen bis zu den entwickelten Formen der Kooperativen Abteilungen Pflanzenproduktion fort.

Kooperation — das heißt mehr, besser und billiger produzieren, das heißt gemeinsam akkumulieren und investieren, den Produktivkräften ein immer größeres Wirkungsfeld eröffnen, ein wichtiges Mittel zur ständigen Vervollkommnung der sozialistischen Produktionsverhältnisse schaffen.



Das heißt aber auch, daß viele Menschen auf die sich verändernden Produktionsbedingungen vorbereitet werden müssen. Spezialisierung der Betriebe in Pflanzen- und Tierproduktion – das sagt sich so leicht dahin. Aber was bedeutet das denn?

Das bedeutet doch nicht weniger, als daß aus objektiver ökonomischer Notwendigkeit und zum Nutzen der gesamten Volkswirtschaft mit einer jahrhundertalten landwirtschaftlichen Tradition gebrochen wird. Ist das nicht ein echter revolutionärer Prozeß?

Jahrhundertlang waren Feld- und Viehwirtschaft hierzu-lande eine Einheit im Bauernhof. Und auch die LPG haben diese Einheit ja nicht aufgehoben. Jahrhundertlang hat sie das Leben auf dem Lande bis in die Familien hinein bestimmt. Jetzt wird das anders. Jetzt steht auch vor den in der Landwirtschaft Beschäftigten die unabweisliche Notwendigkeit der Spezialisierung.

Die Entstehung der KAP ist ein gesellschaftlicher und ökonomischer Fortschritt, der sich in seiner Größe durchaus mit dem Übergang zur genossenschaftlichen Bewirtschaftung vergleichen läßt. Und die ersten Ergebnisse zeigen bereits, daß dieser Fortschritt auch große und gute Auswirkungen auf die Erträge hat. Sie zeigen aber auch die Notwendigkeit, daß mit den zu bewirtschaftenden Flächen zugleich das Bewußtsein, die Aufgeschlossenheit für das Neue wachsen müssen. Auftrag an unsere Vorstände ist es, diese Aufgeschlossenheit unserer Freunde zu wecken und zu fördern. Dabei helfen gewiß auch Argumente wie dieses:

Die KAP, die zur Zeit 80 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche bewirtschaften, haben auch unter schwierigsten Erntebedingungen ihre Überlegenheit bewiesen. Sie haben maßgeblich dazu beigetragen, daß beispielsweise 1974 die höchsten Erträge an Getreide und Kartoffeln erzielt werden konnten, die es auf unserem Territorium jemals gab. Sollte das nicht allein schon Anlaß sein, sich mit ganzer Kraft dafür einzusetzen?

Wir sehen: Ein solcher Prozeß wie die Intensivierung und der Übergang zu industriemäßigen Produktionsverfahren, wie er in der KAP zum Ausdruck kommt, erfordert, in neuen Dimensionen zu denken, sich für neue Aufgaben, für neue Technik, für neue Leitungsprozesse zu qualifizieren, sich in neue Kollektive einzugliedern, eventuell auch neue Arbeitsplätze außerhalb des eigenen Dorfes einzunehmen. Und beim Zusammenschluß mehrerer LPG zu einer KAP kann eben auch nicht jeder der LPG-Vorsitzenden KAP-Leiter werden.

Der Intensivierungsprozeß greift über auch auf diejenigen,

die nicht direkt in der Landwirtschaft arbeiten. Von vielen unserer Unionsfreunde beispielsweise wird die Bereitschaft erwartet werden, Transportprobleme zu den Arbeitsplätzen lösen zu helfen. Als Handwerker, Einzelhändler und Angehörige anderer Dienstleistungseinrichtungen sehen sich Unionsfreunde veränderten Anforderungen gegenüber. Und nicht zuletzt wachsen auch auf dem Dorf die Ansprüche an Kultur, einschließlich Wohnkultur, an Ordnung und Sauberkeit.

Was gehört nun zur politisch-organisatorischen Seite der Sache?

Die Mitglieder unserer Ortsgruppen haben ein Recht darauf, vom Ortsgruppenvorstand zu erfahren, wann in ihrem Territorium welcher Schritt konkret getan wird, und zwar so rechtzeitig, daß sie Gelegenheit haben, ihre Erfahrungen, Ratschläge, Hinweise und Gedanken in das Projekt einzubringen.

Es ist darüber hinaus erforderlich, in guter Vorstandsarbeit gute Mitgliederversammlungen vorzubereiten, um mit allen Freunden ständig im Gespräch zu sein, jeden zu erfassen, mit jedem zu arbeiten, dafür zu sorgen, daß jeder „mitzieht“ bei der Entwicklung auf dem Lande. Das wird dann am besten erreicht werden, wenn nicht nur die Tagesprobleme als solche behandelt werden, sondern wenn sie in die grundsätzlichen Zusammenhänge hineingestellt und von da her beantwortet werden.

Unsere Volksvertreter und unsere Freunde, die in der Nationalen Front mitarbeiten, sind zu orientieren, etwa im Blick auf Fragen, die diese Gremien mit den LPG gemeinsam zu lösen haben, oder im Blick auf Gemeindeverbände.

Der Ortsgruppenvorsitzende sollte stets über alle aktuellen Probleme im Dorf unterrichtet sein. Er sollte bei der Organisation der Zusammenarbeit von Gemeindevertretung, Ortsausschuß der Nationalen Front und KAP beziehungsweise LPG aktiv mitwirken.

Aus alledem ergibt sich, wie wichtig für unsere Vorstände der ständige enge Kontakt mit allen gesellschaftlichen Kräften im Dorf und den mit der Landwirtschaft befaßten Gremien im Kreis ist.

Aus der umfassenden Kenntnis der Entwicklung des Dorfes und der dörflichen Produktionsbetriebe können nutzbringende Vorschläge an die Gemeindevertretung oder die produktionsleitenden Organe hervorgehen, kann das Programm unserer Ortsgruppe zum Volkswirtschaftsplan so gestaltet werden, daß es am effektivsten das Gemeinschaftsleben fördern hilft, können alle Mitglieder unserer Partei sinnvoll in die Gemein-



schaftsarbeit einbezogen werden. Auch das ist Leitungsarbeit zur Erfüllung der Bündnispflicht unserer Partei.

Zur kaderpolitischen Seite der Sache gehört es, einen Überblick darüber zu besitzen, welche Freunde aus unserer Partei am geeignetsten sind, Funktionen in der neuen Entwicklung zu übernehmen. Davon hängt es wesentlich ab, ob und wie unsere Partei ihrer Mitverantwortung für die gesellschaftliche Entwicklung auch künftig voll nachkommen kann. Rechtzeitig sollten unsere Vorstände überlegen, wer für welche Qualifizierungsmaßnahmen gewonnen werden sollte.

Dabei müssen sie auf lange Sicht arbeiten. Kaderentwicklung ist keine Sache von Tagen oder Wochen, sondern von wesentlich längeren Zeiträumen. Jeder, der auch nur einigermaßen mit der Situation auf dem Lande vertraut ist, weiß, welche praktische und theoretische Qualifikation heute von einem Leitungskader in KAP oder LPG verlangt werden muß und daß man diese Qualifikation nicht von heute auf morgen erwerben kann. Ein Bestand von Nachwuchskadern ist deshalb ebenso wichtig wie eine verfügbare Kaderreserve.

Was hier an den Beispielen der Arbeit unter parteilosen Christen und mit Unionsfreunden aus der Landwirtschaft dargelegt wurde, gilt sinngemäß natürlich für alle Bereiche unserer Parteiarbeit. Unsere Vorstände werden dann richtig arbeiten und gute Erfolge erzielen, wenn sie stets den ideologischen Kern der Sache herauschälen und das gerade anstehende Problem mit den richtigen und zweckmäßigen politisch-organisatorischen und kaderpolitischen Maßnahmen lösen.

### *Leitungszyklus und Planung*

Ein wichtiges Instrument der Leitungstätigkeit ist ein gut funktionierender Leitungszyklus von der Information über die Analyse, die Planung, die Beschlußfassung bis zur Kontrolle der Durchführung. Das haben wir bereits auf unserem 11. Parteitag, also 1964, dargelegt und seitdem ständig weiterentwickelt.

Die einzelnen Phasen des Zyklus müssen ständig reibungslos ineinandergreifen. Auf eine dieser Phasen, auf die Planung, soll hier näher eingegangen werden. Denn ihr kommt innerhalb des Leitungszyklus ein besonderes Gewicht zu.

Hauptinhalt der Planung in unserer Parteiarbeit muß sein, die politisch-ideologischen Aufgaben mit System, Beharrlichkeit und Zielstrebigkeit durchzusetzen. Diese Aufgaben leiten

sich her aus den zentralen Beschlüssen und ihrer sinnvollen Verbindung mit den territorialen Aufgaben.

Wovon hängt eine gute Planung ab? Ziel, Inhalt der Arbeit und die politisch-ideologische, politisch-organisatorische und kaderpolitische Ausgangssituation müssen klar sein, und zwar sowohl in der Partei selbst als auch in der Berücksichtigung territorialer Situationen. Nur so ist es möglich, Beschlüsse übergeordneter Leitungen sinnvoll in planmäßige Arbeit im eigenen Verband umzusetzen. Nur so wird eine schematische Übernahme solcher Beschlüsse vermieden.

Das gilt zum Beispiel auch für die langfristigen Maßnahmenpläne, nach denen die Kreisvorstände arbeiten. Sie sollen der politisch-ideologischen, der politisch-organisatorischen und der kaderpolitischen Stärkung der Ortsgruppen dienen. Wir wollen erreichen, daß alle Ortsgruppen bis zum 14. Parteitag ihren gesellschaftlichen Auftrag erfüllen.

Wenn wir das konsequent durchsetzen, wird ein noch regeres Parteileben entstehen. Es wird in der Zukunft eine höhere Wirksamkeit unserer Ortsgruppen im Rahmen der Nationalen Front, und das heißt ja, eine effektivere Erfüllung des gesellschaftlichen Auftrages unserer Partei geben. Künftige Mandatsbesetzungen in den örtlichen Volksvertretungen werden stets in hoher Qualität erfolgen können.

Aber aus mancher bitteren Erfahrung wissen wir, daß die Durchsetzung langfristiger Prozesse und Aufgaben besondere Aufmerksamkeit erfordert. Zu leicht geraten sie aus dem Blickfeld, werden von den täglich auf dem Tisch liegenden Problemen verdrängt, erwecken sie den Eindruck, mit ihrer Lösung habe es noch lange Zeit.

Doch wissen wir aus der Produktion, wie nützlich und günstig sich ein aufgeschlüsselter Plan erweist, aufgeschlüsselt bis auf den Tag, bis auf den einzelnen Werk tätigen. Daraus sollten unsere Vorstände lernen. Zeitliche Unterteilung unserer langfristigen Aufgaben veranlaßt erstens dazu, eine in der Partei oder im Territorium neu sich ergebende Lage planwirksam werden zu lassen. Zweitens ermöglicht sie, neue Erfahrungen in Inhalt und Methoden zu berücksichtigen. Drittens kann nachgetragen werden, wo noch mehr als ursprünglich geplant zu erreichen ist. Viertens können Rückstände rechtzeitig erkannt und aufgeholt werden.

Es wird natürlich nicht immer möglich sein, langfristige Aufgaben in Tagesabschnitte aufzugliedern. Aber es ist ein gewaltiger Unterschied, ob ein Kreisvorstand den im April oder Mai dieses Jahres beschlossenen Maßnahmenplan erst nach einem Jahr oder gar noch später wieder aus der Schublade holt und



dann vielleicht — oder wahrscheinlich — feststellen muß, daß Versäumtes nicht mehr aufzuholen ist; oder ob er allmonatlich abhakt, was erfüllt ist, nachprüft, was die Entwicklung an Zusatzaufgaben ermöglicht, mit säumigen Freunden ein klärendes, ermunterndes Gespräch führt und neue Kräfte in die Realisierung des Maßnahmeplans einbezieht.

Auf jeden Fall sollten die Vorstände markante Punkte im Jahresablauf wie den Jahrestag der Gründung unserer Partei und den Nationalfeiertag zur Zwischenbilanz nützen. Dann helfen sie mit, Gedenktage nicht allein in der Rückschau, sondern vielmehr im Blick voran, auf die kommenden Aufgaben, zu begehen. Und das ist ja ganz gewiß der tiefe Sinn, die große Bedeutung, die sozialistische Zweckbestimmung solcher Meilensteine unserer Geschichte.

### *Mitverantwortung in Staat und Gesellschaft — was fordert das heute von uns?*

Eine weitere bedeutsame Leitungsaufgabe unserer Vorstände ergibt sich aus der wachsenden Mitverantwortung aller unserer Freunde in Staat und Gesellschaft.

Es geht darum, jetzt mit noch höheren Ergebnissen als bisher an der Leitung der gesellschaftlichen Prozesse auf allen Ebenen teilzunehmen. Die Gesellschaft erwartet von uns christlichen Demokraten, daß wir das politische, ökonomische und geistig-kulturelle Leben in den Territorien nach besten Kräften mitgestalten. Diese Erwartung dürfen und wollen wir nicht enttäuschen.

Dabei sollte sich jeder Vorstand darüber im klaren sein, daß sich im Laufe der Jahre ein qualitativer Wandel in der Art und Weise der Wahrnehmung unserer Mitverantwortung vollzogen hat.

Beteiligung an der Leitung von Staat und Gesellschaft schlechthin — das war gewiß auch schon Praktizierung dieser Mitverantwortung. Aber heute ist die Beteiligung nicht mehr Inhalt, sondern erste Voraussetzung für unsere Mitarbeit. Heute kommt es nicht nur auf das „Daß“, sondern auch und besonders auf das „Wie“ an.

Aus dem Bewußtsein unserer höheren Mitverantwortung heraus stellen wir höhere Anforderungen an unsere Mitarbeit. Gefragt sind unsere Ideen, unsere sachkundigen Vorschläge bei der Vorbereitung von Beschlüssen wie unsere Bereitschaft zum einsatzfreudigen Mittun an der Durchsetzung dessen, was beschlossen worden ist.

Daher ist es auch verständlich, daß wir heute bestimmte hohe Anforderungen an die Qualifikation der Freunde, die wir entsenden, stellen. Wir halten unsere Mitarbeit nur dann für sinnvoll, wenn wir für das jeweilige Gebiet den entsprechend qualifizierten Freund zur Verfügung haben. Eine gute, vorausschauende Kaderarbeit bewahrt uns davor, unserer wachsenden Mitverantwortung nicht mehr in vollem Maße gerecht werden zu können, weil wir eines Tages feststellen müssen, daß wir — durch keine andere als eigene Schuld — eine Position hier und eine andere dort nicht mehr genügend auszufüllen vermögen.

Das gilt insbesondere für die Ortsgruppen; denn hier besteht der verhältnismäßig größte Kaderbedarf. Von hier aus werden die meisten Freunde in andere gesellschaftliche Gremien entsandt — und der Platz, den sie ausfüllen, wie auch die Qualität, mit der sie es tun, sind der Platz und die Qualität unserer CDU.

Zentrale Aufgabe der Leitungstätigkeit unserer Vorstände ist die ständige politisch-ideologische Arbeit mit allen Mitgliedern. Es gilt, das sozialistische Staatsbewußtsein aller Mitglieder weiter zu festigen und in allen Ortsgruppen neue Aktivitäten zur Verwirklichung der Hauptaufgabe, zur Erfüllung des gesellschaftlichen Auftrags unserer Partei auszulösen. Jedem Vorstand ist die Aufgabe gestellt, die Beschlüsse des Hauptvorstandes und seiner Organe in sinnvoller Verbindung mit den territorialen Aufgaben und unter Einbeziehung aller Mitglieder zu verwirklichen.

Eine solche Aufgabenstellung zeigt zugleich, welche Rolle und Bedeutung unseren Ortsgruppen zukommt. Von ihrer Arbeit wird ganz wesentlich bestimmt, wie unsere Partei ihrer wachsenden Mitverantwortung gerecht wird. Es sind die Ortsgruppen, wo sich Fortschritte und Erfolge, aber auch Mängel und Versäumnisse in der Leitungstätigkeit am unmittelbarsten auswirken. Deshalb stellen wir zunehmend höhere Anforderungen an die Leitungstätigkeit unserer Ortsgruppenvorstände, besonders an die Aufgaben eines Ortsgruppenvorsitzenden.

Wir freuen uns, daß die Ortsgruppenvorsitzenden unserer Partei, ob jung oder alt, ob Mann oder Frau, sich den großen Ansprüchen ihrer Funktion gewachsen zeigen. Sie verfügen über hohes sozialistisches Staatsbewußtsein. Ihr gesellschaftliches Engagement entspringt christlicher Verantwortung. Sie leiten ihr Vorstandskollektiv gut an und arbeiten aktiv in der demokratischen Öffentlichkeit mit. Sie sind umfassend über die territoriale Situation unterrichtet. Sie wissen und berücksichtigen vorausschauend, welche Freunde gesellschaftliche Funktionen innehaben oder für welche Aufgaben in den Ausschüs-



sen der Nationalen Front, den Volksvertretungen, den Massenorganisationen, den Elternbeiräten, den Beiräten in Handlungsgremien, in ehrenamtlichen Funktionen von Justizorganen und für weitere gesellschaftliche Aufgaben Freunde der Ortsgruppe gewonnen werden müssen.

Den Ortsgruppenvorsitzenden gebühren besondere Achtung und Wertschätzung in der Partei.

Kein Kreisvorstand, kein Kreissekretär sollen denken, einem Ortsgruppenvorsitzenden könnten unmittelbare Aufgaben, das heißt seine Verantwortung und damit seine Initiative, abgenommen werden. Hilfe und Unterstützung für unsere Ortsgruppenvorsitzenden durch die Kreisvorstände und Kreissekretäre können also nicht darin bestehen, dem Ortsgruppenvorsitzenden wesenseigene Aufgaben abzunehmen, wohl aber darin, zu sichern, daß er die ihm aus der Satzung unserer Partei entspringenden Pflichten voll wahrnehmen kann.

Es gilt, die erweiterten Kreisvorstandssitzungen zu nutzen, um unseren Ortsgruppenvorsitzenden nicht nur die anstehenden Aufgaben zu erläutern, sondern diese Beratungen zu einer, echten politischen Hilfe für unsere Ortsgruppenvorsitzenden werden zu lassen, wo sie nicht nur nützliche Informationen erhalten, sondern wo auch der Erfahrungsaustausch breiten Raum einnimmt.

Wir christlichen Demokraten haben uns vorgenommen, stets neue hohe Beiträge zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft zu leisten. An dem Maße, in dem uns das gelingt, ist die Leitungstätigkeit unserer Vorstände exakt einschätzbar, ist der Grad ihrer Qualifizierung meßbar. Das gilt für die Leitungstätigkeit aller Vorstände, vom Ortsgruppenvorstand bis zum Hauptvorstand.

Ganz besondere Aufmerksamkeit widmen wir der Arbeit unserer Kreisvorstände und -sekretariate, weil sie ein wichtiges Kettenglied in unserer gesamten Leitungstätigkeit darstellen. Die Kreisvorstände sind es, die gemäß unserer Satzung für die Information und Anleitung der Ortsgruppen verantwortlich sind.

Was gehört zu den Kriterien für die Einschätzung der Arbeit eines Kreisvorstandes?

Die Qualität seiner Leitungstätigkeit messen wir daran,

- wie er in der gesamten Arbeit stets von den Erfordernissen des Sozialismus ausgeht;
- wie er die Beschlüsse des Hauptvorstandes und seiner Organe in sinnvoller Verbindung mit den territorialen Aufgaben und unter Einbeziehung aller Mitglieder verwirklicht;
- wie er bei der theoretischen Durchdringung der Beschlüsse

des Zentralkomitees der SED und der zentralen Staatsorgane, die die Entwicklung unserer Gesellschaft bestimmen, ein noch höheres Niveau erreicht;

- wie er alle Mitglieder befähigt, sich in den Grundfragen der Politik und Moral den Standpunkt der Arbeiterklasse zu eigen zu machen und ihn parteilich zu vertreten;
- wie er in der differenzierten politischen Arbeit an gesellschaftliche Anliegen christlicher Ethik und positive Traditionen progressiver christlicher Bewegungen anknüpft;
- wie er es versteht, das politisch-geistige Niveau und den aktuellen Informationsgehalt der Mitgliederversammlungen ständig zu erhöhen, und sichert, daß die Mitgliederversammlungen in allen Ortsgruppen monatlich durchgeführt werden und die „Themen des Monats“ genutzt werden, um die Mitglieder zu höherer Aktivität anzuregen;
- wie er die Mitglieder in die Vorbereitung, Durchführung und Kontrolle der Beschlüsse einbezieht und
- wie er die analytische Arbeit und Informationstätigkeit weiter verbessert.

Das sind natürlich Kriterien für die Leitungstätigkeit aller Vorstände. Wie insbesondere unsere Kreisvorstände dem entsprechen, das gibt Aufschluß darüber, ob und wie wir in der gesamten Parteiarbeit vorankommen. Denn die Kreisvorstände sind eben der direkte Mittler zu den Ortsgruppen.

Im ganzen gesehen wird unsere Arbeit dann den rechten Erfolg bringen, wenn wir jede Maßnahme, jeden Beschluß, jede Parteiaktivität so anlegen, daß sie

- die Treue aller unserer Freunde zum Sozialismus fördern;
- unsere vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Partei der Arbeiterklasse verstärken;
- die Freundschaft jedes unserer Mitglieder zur Sowjetunion weiter festigen.

Das Maß, in dem wir diese drei unverrückbaren Ausgangspunkte unseres Denkens und Handelns ständig weiter ausformen, entscheidet letztlich über Kampfkraft, Geschlossenheit und Stärke unserer Partei.



## Inhalt

Ökonomische Stärke des Sozialismus erzeugt Wohlstand und fördert den Frieden — Bewußtes Handeln sozialistischer Staatsbürger stärkt den Sozialismus . . . . .	3
Hauptaufgabe, Arbeitsproduktivität und Effektivität . . .	3
Ökonomische Erfolge des Sozialismus und das Kräfteverhältnis in der Welt . . . . .	8
Freundschaft mit der Sowjetunion — für immer und unwiderruflich . . . . .	13
Wachsende Führungsrolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei — wachsende Mitverantwortung der Bündnispartner . . . . .	18
Friede, antiimperialistischer Kampf und Solidarität . . .	20
Vertrauen und Verantwortung — bewußtseinsbildende Faktoren . . . . .	22
Politisch-ideologische, politisch-organisatorische und kaderpolitische Arbeit im Leitungsprozeß sinnvoll verbinden	24
Die Einheit von politisch-ideologischer, politisch-organisatorischer und kaderpolitischer Arbeit beim Wirken unter parteilosen Christen . . . . .	25
Die Einheit von politisch-ideologischer, politisch-organisatorischer und kaderpolitischer Arbeit bei unserer Arbeit mit Mitgliedern in Landgemeinden . . . . .	30
Leitungszyklus und Planung . . . . .	34
Mitverantwortung in Staat und Gesellschaft — was fordert das heute von uns? . . . . .	36